

Bildung im Neoliberalismus

80.000 Schülerinnen und Schüler in 40 Städten sind kürzlich für bessere Bildung auf die Straße gegangen. Sie demonstrierten für qualifizierte Ausstattung der Schulen, kleinere Klassen, mehr Lehrer, die Streichung von Schul- und Studiengebühren, die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems.

Bereits vor fünf Monaten hatte es in verschiedenen Städten Schülerproteste gegen die katastrophalen Zustände in den Schulen gegeben. Doch statt auf die Forderungen einzugehen, haben die Politiker bislang nur vage Absichtserklärungen abgegeben. Empört sind viele junge Menschen darüber, dass Bund und Länder zwar mehrere Hundert Milliarden Euro zur Rettung des grenzenlosen Profitsystems in der Finanzwirtschaft locker machen, aber für kleinere Klassen, mehr und gut bezahlte Lehrerinnen und Lehrer, kostenlosen Zugang zu Bildung und besser ausgestattete Schulen angeblich kein Geld da ist.

Zwar haben viele Politiker immer wieder versprochen, mehr für die Bildungseinrichtungen zu tun; aber das Gegenteil ist geschehen: Sie haben Bildung verteuert! Bis zu 18.000 Schulabgänger des Jahres 2006 wollten sich nicht an Universitäten oder Fachhochschulen einschreiben. Zu diesem Ergebnis kommt die erste empirische Untersuchung zur Wirkung von Studiengebühren in Deutschland. Wie in der Untersuchung festgestellt wurde, ließen sich vor allem Frauen und junge Menschen aus ärmeren Familien von den Gebühren abschrecken.

Schulen und Universitäten in Not

Wer sich heute Schulen und Universitäten in Deutschland anschaut, der findet marode Gebäude, in denen der Regen durchs Dach tropft, Hörsäle, in die jahrelang nicht investiert wurde, Professoren, die für zu viele Studenten zuständig sind – ein absolut krankes System. Bund und vor allem die Länder haben Bildung jahrzehntelang vernachlässigt. 1972 teilten sich in der Bundesrepublik noch 39 Studenten einen Professor, inzwischen sind es über 60. Seit den siebziger Jahren gibt es zwar immer mehr Studenten; aber für eine ausreichende Zahl von Professoren gaben die Länder kein Geld aus. Deutschland fiel im europäischen Vergleich immer weiter zurück. Während die Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in den vergangenen fünf Jahren im Durchschnitt elf Prozent mehr in jeden Studenten investierten, gab die Bundesrepublik im selben Zeitraum sogar zwei Prozent weniger aus. Bundesweit fehlen zweistellige Milliardenbeträge, um allein die Hochschulgebäude zu sanieren und auszubauen.

Während im Durchschnitt der OECD-Länder der Anteil der Studienanfänger zwischen 2003 und 2006 von 53 auf 56 Prozent stieg, stagnierte er in Deutschland zwischen 35 und 37 Prozent. Um mehr junge Menschen vor allem aus einkommensschwächeren Elternhäusern für ein Studium zu gewinnen, plädiert die OECD in ihrem jüngsten Bericht nachdrücklich für ein Stipendiensystem. Dies sei ein wirksames Mittel, als die Finanzierung von Studiengebühren über Kredite.

Erstmals seit Längerem zeigt sich in diesem Jahr wieder ein positiver Trend bei den Studienanfängerzahlen ab. 24.000 Abiturienten mehr als im Vorjahr entschieden sich 2008 für ein Studium. Damit erhöhte sich der Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung auf 39 Prozent. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass die Steigerung vor allem der

Entwicklung bei den Fachhochschulen zu verdanken ist. Hier stieg die Zahl der Erstsemester um 13 Prozent. Die Universitäten verbuchten nur ein Plus von drei Prozent. Der Anstieg ist besonders eine Folge der verkürzten Gymnasialzeit und der daraus resultierenden doppelten Abiturjahrgänge.

Auf mehr als 30 Milliarden Euro schätzt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung den jährlichen Mehrbedarf für Kita, Schule, Hochschule, Aus- und Weiterbildung. Soviel Geld müsste ausgegeben werden, um das deutsche Bildungssystem bei den Ausgaben überhaupt wieder auf ein international übliches Niveau zu bringen. SPD und CDU/CSU haben verabredet, zehn statt neun Prozent des Bruttosozialproduktes bis 2015 für Kindergärten, Schulen und Universitäten auszugeben. So viel ist anderen Nationen bereits heute die Zukunft ihrer Kinder wert. Wer allerdings den Zuschlag – je nach Wirtschaftsentwicklung zwischen 20 und 40 Milliarden Euro pro Jahr – finanzieren soll, ist völlig unklar.

Bildung als Emanzipationsprozess

Während Deutschland im internationalen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne an der Spitze der Entwicklung steht, sind die öffentlichen Bildungseinrichtungen keineswegs Spitze. Millionen Menschen sind arm trotz Arbeit und Millionen junger Menschen fehlt es an einer guten Ausbildung. Das ist kein Zufall; dahinter verbergen sich handfeste Interessen.

Es geht nicht nur um die Rahmenbedingungen, unter denen Schüler/innen und Studierende lernen. Es geht vor allem auch darum, wie und was sie lernen. Welche Inhalte werden mit welchen Zielen vermittelt? Schon früh wird sortiert, welche Qualifikationen die Wirtschaft von Schulabgängern erwartet. Die Auslese im dreigliedrigen Schulsystem fördert vor allem jene Kinder, die unter günstigen sozialen Voraussetzungen heranwachsen. Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen haben da kaum eine Chance. Hochschulbildung wird in Deutschland immer mehr von Akademikergeneration zu Akademikergeneration weitervererbt. Hochschulferne Schichten sind krass unterrepräsentiert. Nur zwei Prozent der Studierenden erhalten ein Stipendium, das durchschnittlich bei 328 Euro im Monat liegt. Was würde passieren, wenn unabhängig von Herkunft und Einkommen jeder junge Mensch jede Bildungschance nutzen konnte? Eine Folge wäre sicherlich, dass sich das Verhalten junger Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend ändern würde. Bildung entscheidet, wie wir leben und arbeiten.

Es entspricht nicht den Interessen des Kapitals, durch höhere Steuern zu einer Verbesserung der Bildungssituation beizutragen. Warum soll man mehr Geld ins Bildungssystem stecken, wenn von den Unternehmern für ihre Betriebe immer mehr billige Arbeitskräfte im Niedriglohnbereich gesucht werden? Es werden also Untertanen gebraucht, möglichst ohne Betriebsräte und Gewerkschaften, die ständig Angst um ihren Arbeitsplatz haben und die man deshalb rücksichtslos ausbeuten kann.

Zwischen Bildung und Demokratie besteht ein enger Zusammenhang. Menschen, die den Zustand der Gesellschaft durchschauen und die realen Arbeitsbeziehungen analysieren können, sind nicht so leicht unter Kontrolle zu halten. Bildung ist Emanzipation, die weder den Herrschaftsinteressen politischer Instanzen noch den Verwertungsimperativen des Kapitals unterworfen werden darf. Bildung muss zum selbstständigen Denken und zur Urteilsfähigkeit führen. Die Befähigung dazu wird in unserem Bildungssystem viel zu wenig vermittelt.

Franz Kersjes